



Univ.-Prof. Dr. Egon Jüttner
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 - 72291
Fax 030 227 - 76172

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de

Jüttner bittet Ministerpräsident um Unterstützung für Mannheim

Berlin, 26. September 2012 – Der Mannheimer CDU-Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Egon Jüttner hat in einem Schreiben an den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann auf eine Reihe schwerwiegender Entscheidungen hingewiesen, die negative Auswirkungen auf Mannheim als bedeutendem Verwaltungs- und Wirtschaftsstandort haben. Jüttner zeigt sich in dem Schreiben besorgt über die Kumulation von Ämterschließungen beziehungsweise drohenden Ämterschließungen, die einen Arbeitsplatz- und Bedeutungsverlust für Mannheim darstellen.

Jüttner in seinem Schreiben: „Im Wege der Bundeswehrreform wird das Kreiswehrrersatzamt geschlossen, obwohl es sich hierbei um eines der erfolgreichsten Kreiswehrrersatzämter der Bundesrepublik Deutschland handelt. Im Zusammenhang mit dem Konzentrationsprozeß im Grundbuchwesen soll künftig das Grundbuchamt Tauberbischofsheim auch für den Standort Mannheim zuständig sein. Aufgrund der Reform der Binnenzollamtsstrukturen besteht ebenfalls die Gefahr der Schließung des Zollamtes. Die Reform der europäischen Patentgerichtsbarkeit droht das Ende für die Patentgerichtskammer am Landgericht Mannheim zu werden.“

Jüttner wies des weiteren auf die schlechten Nachrichten zum Wasser- und Schiffsamt Mannheim und die Zweite Medizinische Fakultät hin. Der langen Liste an Ämterschließungen beziehungsweise drohenden Ämterschließungen fügte der Abgeordnete noch den Hinweis auf die beiden „Dauerbrenner“ um die Infrastruktur Mannheims, den Ausbau des Knotens Mannheim und den Anschluß an die ICE-Neubaustrecke Rhein/Main-Rhein/Neckar zu, wo er immer wieder die mangelnde Koordination und das schleppende Vorankommen der Vorhaben bemängelt. Jüttner bat deshalb den Ministerpräsidenten, „sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, den Verlust der angesprochenen Einrichtungen für Mannheim auszugleichen beziehungsweise abzuwenden“.

PRESSMITTEILUNG